

NACHRICHTEN

solchen Vorlage sehr interessiert. Diesen stehen bisher lediglich Anhaltzahlen von 1969 zur Verfügung, die 1974 nach Einführung der 40-Stunden-Woche rechnerisch berichtigt worden sind.

Bereits bei der letzten Gesundheitsministerkonferenz Anfang November in Berlin hatten die Länderminister die bisher geltenden Zahlen nur noch als „Annäherungswerte“ und „Orientierungshilfen“ bezeichnet, daneben aber „gleichrangig“ Änderungen durch die medizinische Entwicklung berücksichtigen wollen. Neue Anhaltzahlen sollen sich *nicht ausschließlich* an den Betten orientieren, sondern sollen vielmehr auch die Leistungspalette des Krankenhauses berücksichtigen.

Andererseits hat die Gesundheitsministerkonferenz den Problemkonflikt deutlich gemacht: Einerseits führt ein verbesserter Personalschlüssel zu weiteren Kostensteigerungen, andererseits können aber durch eine Verbesserung der personellen Qualität auch kostspielige Neueinweisungen von Patienten vermieden und insoweit ein kostendämpfender Effekt erzielt werden. Vieles wird deshalb von dem unter Federführung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums jetzt gestarteten Forschungsvorhaben über „Verfahren zur Berechnung des leistungsbezogenen Personalbedarfs für Krankenhäuser (Personalbedarfsberechnungsverfahren – PBBV) abhängen. Am 19. Dezember 1978 konstituierte sich in Düsseldorf ein „Vorhabenbegleitender Ausschuß“ auf Bundesebene, dem insgesamt acht ordentliche Mitglieder aus Kreisen der Krankenhausträgerverbände, Krankenkassen sowie der Krankenhausberufe angehören. Für die Ärzteschaft berät Dr. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer und 1. Vorsitzender des Marburger Bundes, diesen Ausschuß. Sein Stellvertreter ist das BÄK-Vorstandsmitglied Dr. Jörg Hoppe. HC

Sonderforschungsbereich Leukämie- und Tumorforschung

Der Wissenschaftsrat hat im Rahmen einer gutachtlichen Empfehlung der Einrichtung vier weiterer Sonderforschungsbereiche durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft zugestimmt, darunter eines für experimentelle und klinische Leukämie- und Tumorforschung an der Gesamthochschule Essen. Insgesamt betreut die Deutsche Forschungsgemeinschaft damit 111 Sonderforschungsbereiche, davon entfallen 43 auf die Bio-, 26 auf die Ingenieur-, 24 auf die Natur- und 18 auf die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. EB

Run auf die Forschungsmillionen

Für das Mitte 1978 von der Bundesregierung vorgelegte „Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienst der Gesundheit“ sind rund 190 Beteiligungsanträge beim Bundesforschungsministerium eingegangen, darunter von 50 Kliniken. Erste Bewilligungen erfolgen in diesen Tagen. Nach Angaben des Ministeriums sollen als Schwerpunkte Forschungsprojekte über neue Verfahren zur Krebsfrüherkennung sowie zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen gefördert werden. Außerdem werden – erwartungsgemäß – Modellversuche zur Entwicklung medizinisch-technischer Zentren in Kliniken bevorzugt gefördert.

Bei der Krebsfrüherkennung sollen besonders solche Entwicklungen finanziell gefördert werden, die auf „hohe Empfindlichkeit“ abzielen, um erste Krankheitsanzeichen noch früher erkennen zu können. Gleichzeitig sollen diese Verfahren einfach anwendbar, wirtschaftlich ohne größere Belastung für den Patienten sein, um innerhalb breitangelegter Vorsorgemaßnahmen größere Bevölke-

rungsgruppen untersuchen zu können. Bei den Krebstherapie-Studien liegen nach Angaben des Ministeriums für Forschung und Technologie rund 60 Anträge vor.

Für 1979 plant das Ministerium, den „Gesundheitsbereich“ mit 307 Millionen DM zu fördern. dpa/DÄ

Bessere Hilfen für Suchtkranke

Seit Anfang 1978 hat die Caritas zehn Beratungsstellen für Suchtkranke eingerichtet. Die jetzt 113 Zentren mit 782 „festen“ Mitarbeitern sind in der Lage, jährlich 20 000 Suchtkranke zu behandeln. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß durch ein gut ausgebautes Netz von Fachambulanzen meist ein mehrmonatiger Klinikaufenthalt vermieden werden kann, so notwendig dieser auch bei schweren Suchterkrankungen bleibt. Von 100 Suchtkranken sind derzeit 70 Alkoholiker, 20 medikamentenabhängig und fünf den illegalen Drogen verfallen. WZ

CDU/CSU fordert TÜV für alle medizinischen Geräte

Die Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit medizinisch-technischer Geräte und Anlagen soll künftig regelmäßig überprüft werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, der nicht nur inländische Hersteller, sondern auch Importeure ausländischer Geräte in die Überprüfung und Überwachung einbeziehen will.

Der Gesetzentwurf sieht im einzelnen vor, daß die Bundesregierung eine Rechtsverordnung erlassen kann, die im einzelnen folgende Auflagen vorsieht:

▷ eine Bauartprüfung, die vor dem „Inverkehrbringen“ erfolgen muß;

▷ eine Anzeigepflicht bei der Inbetriebnahme und Änderung medizinisch-technischer Anlagen;

▷ laufende Überprüfung während der Betriebsdauer der Geräte und Anlagen;

▷ Vorschriften über die Inbetriebnahme eines Gerätes oder einer Anlage nur nach Einweisung des Betreibers in die Handhabung.

Dem Gesetzentwurf zufolge sollen künftig die zuständigen Überwachungsbehörden die Möglichkeit haben, „unsichere medizinisch-technische Geräte und Anlagen aus dem Verkehr zu ziehen beziehungsweise ihren Betrieb zu untersagen“. HC

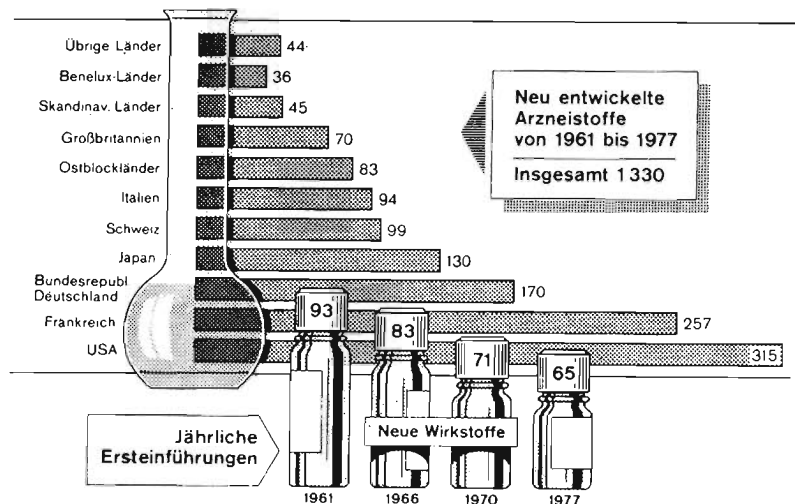
Caritasverband: „Bettenberg“ – ein Rechenfehler

Der angebliche „Bettenberg“ in den Krankenhäusern ist vom Deutschen Caritasverband, Freiburg, als „Rechenfehler“ bezeichnet worden.

In der Öffentlichkeit werde fälschlicherweise der Eindruck erweckt, als stünden rund 50 000 Krankenhausbetten nutzlos herum. Dabei gäbe es auch heute noch bei Notaufnahmen Betten auf den Fluren der Krankenhäuser. Bei der vom Bundesverband der Ortskrankenkassen aufgemachten und von der Bundesregierung übernommenen Rechnung werde geflissentlich übersehen, daß diese 50 000 Betten in den Akutkrankenhäusern bis 1985 nur dann „eingespart“ werden könnten, wenn fast die gleiche Anzahl in Kranken- und Pflegeheimen zum jetzigen Bestand hinzukämen.

Dabei sei eine bessere Versorgung der Kranken noch sehr fraglich. Die angebliche Kostenersparnis für den Krankenhausbereich würde faktisch nur eine Verlagerung auf Patienten, Alterskranke, Gebrechliche und Behinderte bedeuten. EB

Arzneimittelversorgung in der Welt



Die deutsche Arzneimittelforschung hat ihre internationale Spitzenposition auch in den vergangenen Jahren behaupten können: Von den insgesamt 1330 neuen chemisch definierten Substanzen, die im Human- und Veterinärbereich als Arzneimittel zwischen 1961 und 1977 auf dem Markt neu eingeführt worden sind, stammen 170, das sind sechs Prozent, aus der Bundesrepublik Deutschland. Sie liegt damit nach den USA (315 Präparate) und Frankreich (257 Präparate) an dritter Stelle. Insgesamt haben die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland 1977 (letzte verfügbare Zahlen) rund 1,35 Milliarden DM für Forschung und Entwicklung aufgewandt. Die forschenden Firmen beschäftigen in diesem Bereich rund 10 500 Mitarbeiter „Zahlenbilder“/DÄ

Pharma-Industrie: Besorgt um die Forschung

Trotz gestiegener Kosten und teilweise stagnierender und sogar rückläufiger Gewinne hat die pharmazeutische Industrie ihre Aufwendungen für die Arzneimittelforschung und -entwicklung gegenüber früheren Jahren nicht eingeschränkt. Sie beliefen sich 1977 auf rund 1,35 Milliarden DM, ein Betrag, der auch 1978 erzielt worden ist.

Nach einer Analyse des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Frankfurt, sind mehr als 10 500 Beschäftigte der pharmazeutischen Industrie (bei 75 000 Mitarbeitern in 200 Ver-

bandsfirmen) unmittelbar oder mittelbar forschend tätig.

Welche enormen Mittel in der Forschung und Entwicklung gebunden sind, verdeutlichen diese Zahlen: Um nur eine von 6000 bis 8000 auf arzneiliche Wirkungen geprüften Substanzen in die Therapie neu einzuführen, sind Aufwendungen in Höhe von 70 bis 90 Millionen DM erforderlich.

Wegen der Personalkostenverteilung und der restriktiven Gesetzgebung haben die pharmazeutischen Unternehmen in der Bundesrepublik ihre Investitionen eingeschränkt: So schrumpften die Investitionen für Forschung und Entwicklung 1976 um 36,3 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtinvestitionen um 15,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. HC